

Brandenburgs Seniorenrat fordert höhere Unterstützung für Rentner

Brandenburgs Ministerpräsident Woidke prüft Unterstützung für Senioren bei der Grundrente, um Inflationsfolgen abzumildern.

Die finanzielle Unterstützung für Senioren in Brandenburg rückt erneut in den Fokus der politischen Agenda. Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der sich verschärfenden Inflation wird die Notwendigkeit, ältere Menschen zu unterstützen, immer deutlicher. Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) hat in einem Gespräch mit dem Seniorenrat zugesichert, die Einführung einer jährlichen Einmalzahlung zur Unterstützung der Grundrente zu prüfen.

Die aktuelle Lage der Rentner

Die Grundrente wurde 2021 eingeführt, um Rentnerinnen und Rentner, die trotz jahrelanger Beitragszahlungen nur eine geringe Rente erhalten, finanziell zu entlasten. Laut der Staatskanzlei erhielten im Jahr 2022 rund 57.000 Personen in Brandenburg einen Zuschlag zur Grundrente. Dies entspricht etwa 7,3 Prozent der Rentner in der Region. Woidke betont, dass die steigenden Lebenshaltungskosten die finanzielle Stabilität und Lebensqualität der Senioren gefährden.

Forderung nach Inflationsausgleich

Der Seniorenrat fordert einen Inflationsausgleich für Rentnerinnen und Rentner in Höhe von 3.000 Euro. Diese Forderung ist besonders relevant, da die Preissteigerungen in

den letzten Jahren signifikant waren. Der Ministerpräsident hat darauf reagiert und erklärt, dass die Unterstützung insbesondere für ältere Menschen in finanziellen Schwierigkeiten von hoher Priorität sei.

Die geplante Unterstützung

Die Brandenburger Landesregierung erwägt, eine Unterstützung in Form einer Einmalzahlung zu schaffen. Details hierzu werden in künftigen Haushaltsverhandlungen festgelegt, jedoch hat Regierungssprecher Florian Engels bereits angedeutet, dass mehrere hundert Euro als Unterstützung in Betracht gezogen werden. Ein Beispiel: Würde eine Einmalzahlung von 100 Euro umgesetzt, würde dies das Land etwa 5,7 Millionen Euro kosten.

Ein Blick in die Zukunft

Die bevorstehenden Landtagswahlen am 22. September 2024 könnten ebenfalls Einfluss auf die Diskussion um die Rentnerunterstützung haben. Als Spitzenkandidat der SPD in Brandenburg ist Woidke bestrebt, sowohl die Anliegen der Senioren als auch die Herausforderungen, die die steigenden Lebenshaltungskosten mit sich bringen, in den Mittelpunkt seiner politischen Agenda zu stellen. Zudem wird die Fortsetzung des Pakts für Pflege angestrebt, um sowohl Pflegebedürftige als auch deren Angehörige zu entlasten und das Beratungsangebot auszubauen.

Angesichts der aktuellen Herausforderungen zeigt Brandenburgs Regierung ein Engagement für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Senioren. Die geplanten Maßnahmen könnten einen bedeutenden Beitrag zur finanziellen Sicherheit und Lebensqualität der älteren Bevölkerung leisten.

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de